

# Staatspersonal

## Auch die schlanke Aargauer Verwaltung hat deutlich zugesetzt

# Kasse schrumpft, Verwaltung wächst: Das gibt Ärger

Der Staat muss sparen? Dann soll er mal bei sich selber anfangen! Der Ruf nach einem Abbau von Stellen wird lauter, obwohl der Aargau bereits über eine der schlanksten Verwaltungen verfügt. Die Regierung rechtfertigt den massiven Ausbau der letzten Jahre mit neuen Vorgaben, die sie nicht beeinflussen könne.

VON URS MOSER

Nach langen Jahren mit satten Überschüssen verdustert sich die Finanzlage des Kantons zunehmend. Ohne Gegenmassnahmen

drohen in den nächsten Jahren Defizite in dreistelliger Millionenhöhe, und durch den Frankenschock verschärfte sich die Situation zusätzlich: Es ist ein markanter Einbruch der Steuereinnahmen zu befürchten.

Unter Spardruck gerät nun immer stärker die Verwaltung selbst. Denn mit dem letzten Sparpaket, der Leistungsanalyse, wurden minimale Klassengrössen erhöht, die Beiträge an den Betrieb einer ärztlichen Notrufnummer gestrichen oder die Mittel für den Naturschutz gekürzt, im Verwaltungsapparat machte die Regierung aber kaum Sparpotenzial aus. Und dieser Apparat ist in den vergangenen Jahren stark gewachsen. Seit 2008 ist die Zahl der Vollzeitstellen in der kantonalen Verwaltung von 3430 auf 3837 gestiegen. Das ist eine Zunahme um 12 Prozent, zählt man die Lehrpersonen dazu, sind es sogar über 15 Prozent. Im gleichen Zeitraum ist die Einwohnerzahl aber «nur» um 8 Prozent gestiegen, das reale Wirtschaftswachstum seit 2008 liegt im Aargau bei weniger als 6 Prozent.

### Wirtschaftsverbände drohen

Der Beweis scheint also erbracht: Der Staatsapparat ist ein Moloch, der viel zu viel Steuergelder verschlingt. Da kann die Regierung lange darauf hinweisen, dass der Aargau noch vergleichsweise bescheiden ist und gemessen an der Bevölkerungszahl über eine der schlanksten Verwaltungen im Land verfügt. Nicht nur populistische Politiker, auch die Wirtschaftsverbände haben mit ihrer Forderung nach einem ausgeglichenen Budget jetzt den

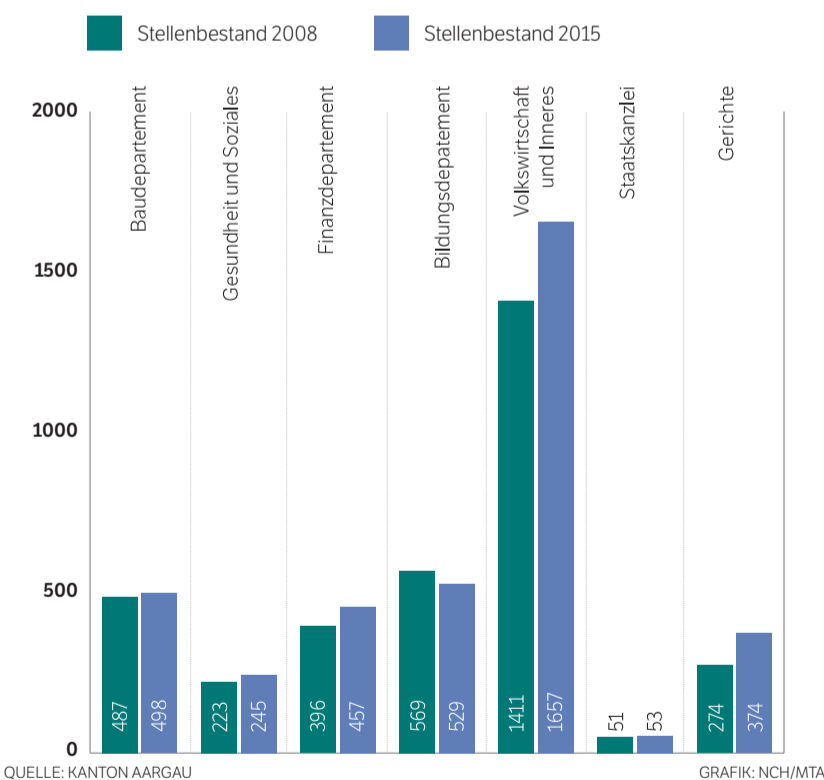
Verwaltungsapparat im Visier: Der Stellenausbau in den letzten Jahren sei derart gross gewesen, dass es dringend eine Korrektur brauche. Um mindestens drei Prozent müsse der Aargau die Personalausgaben senken, verlangen Gewerbeverband und **Handelskammer**.

Sollten es Regierung und Parlament nicht schaffen, für 2016 ein Budget zu verabschieden, das nicht zu einer höheren Verschuldung führt, erwägen sie sogar ernsthaft ein Referendum (vgl. untenstehenden Artikel).

Die Entwicklung ist unbestritten, ein genauerer Blick auf die Umstände gibt der Regierung allerdings Gelegenheit, die Klagen über den ausufernden Staatsapparat in ein etwas anderes Licht zu rücken. Der Steilpass dazu kam ironischerweise von SVP-Kantonpräsident Thomas Burgherr, der sich am lautesten über die aufgeblähte Verwaltung beschwert und einen Abbau von 800 Stellen für ohne weiteres machbar hält. Aus der Antwort auf seine Interpellation zur Personalentwicklung in der Verwaltung geht hervor: Erstens ist der Ausbau zum grössten Teil den eigenen Forderungen und Beschlüssen der Politiker (hauptsächlich allerdings jener in Bern) geschuldet. Zweitens hinkt der Aargau bei der Lohnentwicklung der Staatsangestellten der Privatwirtschaft deutlich hinterher.

Dank Burgherrs Vorstoss liegt eine detaillierte Auflistung der Stellenentwicklung in den einzelnen Aufgabebereichen seit 2008 vor. Interessant ist zum Beispiel: Die steigenden Ausgaben im Gesundheits- und Sozialwesen sind zwar unbestrittenermassen grosse Kostentreiber für den Staatshaushalt, aber nur sehr bedingt für den Stellenausbau in der Verwaltung verantwortlich. Der Stellenetat ist zwar seit 2008 auch im Departement Gesundheit und Soziales von 222 auf 245 Vollzeitpensen gestiegen, prozen-

### STELLENENTWICKLUNG IN DER KANTONALEN VERWALTUNG



tual liegt das Wachstum damit aber recht deutlich unter jenem der gesamten Verwaltung. Oder dann wird von Finanzpolitikern gern eine Verbürokratisierung des Bildungswesens mit entsprechender Aufblähung des Personaletats beklagt. Richtig ist: Die Zahl der Lehrer ist in den letzten Jahren deutlich gestiegen, die Verwaltung, das Departement Bildung, Kultur und Sport, kommt aber als einziges heute sogar mit weniger Stellen als 2008 aus.

### An Vorgaben gebunden

Der grösste Zuwachs von allen Departementen ist im Departement Volkswirtschaft und Inneres zu verzeichnen: ein Plus von 246 Stellen oder 17,5 Prozent. Das liegt nicht dar-



Andere Zeiten: 2001 ging das Staatspersonal auf die Strasse, weil man seine Forderung

Der Regierungsrat listet fein säuberlich insgesamt 292,95 Pensen auf, die aufgrund neuer bundesrechtlicher Vorgaben oder neuem kantonalem Recht geschaffen wurden. Das sind drei Viertel der Stellen, um die die Verwaltung seit 2008 gewachsen ist. Mit Abstand am grössten und tatsächlich massiv ist der Zuwachs bei den Gerichten: Sie wurden um 100 Stellen aufgestockt, ein Wachstum von fast 37 Prozent. Die Gründe sind hinlänglich bekannt: Allein 76 Stellen gehen auf das Konto der Einführung des höchst umstrittenen neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrechts.

### Bescheidene Lohnentwicklung

Nun kann man immer darüber streiten, ob eine neue Aufgabe nicht auch mit etwas weniger zusätzlichem Personal zu bewältigen wäre. Gerade die massive Geschäftslast der neuen Familiengerichte zeigt aber, dass dem Effizienzsteigerungspotenzial Grenzen gesetzt sind. Zieht man die zur Umsetzung neuer Rechtsgrundlagen geschaffenen Stellen ab, ist die Verwaltung nur um 114 Stellen oder etwas mehr als 3 Prozent gewachsen, also deutlich weniger stark als die Kantonsbevölkerung oder das gern als Massgabe für das tolerierbare Wachstum der Staatsausgaben herangezogene Bruttoinlandprodukt.

Der Regierungsrat weist im Übrigen darauf hin, dass auch die Lohnentwicklung des Staatspersonals im Vergleich zur Privatwirtschaft deutlich unterdurchschnittlich ist: Verschiedene Kennzahlen wie der schweizerische Lohnindex, die Publikation der gesamtarbeitsvertraglichen Lohnabschlüsse oder die UBS-Lohnumfrage würden für die Zeitspanne von 2008 bis 2014 eine durchschnittliche Erhöhung der Nominallohne zwischen 8,2 und 9,8 Prozent ausweisen. Für das Aargauer Staatspersonal lag sie bei 4,8 Prozent.

an, dass dem sozialdemokratischen Vorsteher Urs Hofmann der Verwaltungsapparat nicht gross genug sein kann. Allein 66 neue Stellen gehen auf die gesetzliche Vorgabe zurück, dass im Aargau eine «Polizeidichte» von einem Polizisten pro 700 Einwohner zu erreichen ist. Weitere 44 auf die neue schweizerische Strafprozessordnung (Staatsanwaltschaften). Die Reorganisation und Verstärkung der Vollzugsdienste und der Bewährungshilfe (plus 18,5 Stellen) war nach dem Mordfall Lucie ein politisches Gebot der Stunde. Jene der Fahrreignungsabklärungen durch das Strassenverkehrsamt (15,5 Stellen), nachdem ein halbblinder Rentner mit einsetzender Demenz ein 16-jähriges Mädchen totgefahren hatte.

# 10 Jahre nach Mord: Wie gross ist die Rückfallgefahr?

**Möhl** Teilerfolg vor Bundesgericht: Der Mann, der 2005 seine Ehefrau erschoss, hofft auf Hafterleichterungen

VON PHILIPP ZIMMERMANN

14 Schüsse feuerte ein Mann im Herbst 2005 auf seine Frau ab. Zweimal lud er seinen Revolver nach. Die letzten Kugeln trafen den Kopf des Opfers. Der Eskalation ging eine zerbrochene Beziehung voraus.

Das Leben von Täter von Opfer hatte sich zuvor in unterschiedliche Richtungen entwickelt. Drei Jahre vor der Tat wurde er, ein damals 50-jähriger Fricktaler, zum IV-Rentner. Er kämpfte mit Depressionen. Seine fünf Jahre jüngere Frau dagegen trat eine neue Arbeitsstelle an und blühte auf.

Einige Monate vor der Tat ging der Mann für drei Monate nach Skandinavien in der Hoffnung, diese geografische Trennung könnte die Beziehung wieder festigen. Doch zurück zu Hause musste er feststellen, dass seine Frau ausgezogen war - zu einem anderen Mann. Nach rund 24 Jahren stand die Beziehung vor dem Aus.

## Drei Flaschen Wein intus

Beim Prozess im Jahr 2008 sagte er vor dem Bezirksgericht, er habe seine Frau vergöttert. Ein Leben ohne sie sei für ihn nicht vorstellbar gewesen.

Als sie ihn an jenem Abend besuchte, hatte er drei Flaschen Wein intus. «Da habe ich erstmals wirklich gespürt, dass sie mich tatsächlich verlassen würde, und da habe ich den Boden unter den Füßen verloren», sagte er laut dem damaligen Bericht der «Aargauer Zeitung» vor Gericht.

Das Bezirksgericht verurteilte ihn wegen Mordes zu 14 Jahren Gefängnis. Zugleich ordnete es eine ambulante Massnahme an. Rückschläge hatte der Verurteilte einige in seinem Leben zu überwinden. Seine Mutter beging Suizid, als er 17 Jahre alt war. Mehrmals versuchte er selbst, sich das Leben zu nehmen. Zuletzt in der Untersuchungshaft vor dem Prozess. Nun richten sich die Bedingungen von Haftstrafen am

Grundsatz der Rückfallverhütung nach der Entlassung. Verurteilten Straftätern können deshalb, je nach Verhalten während der Haft und je nach Flucht- und Rückfallgefahr, im Hinblick auf ihre Rückkehr in die Gesellschaft mehr Freiheiten gewährt werden.

Ab 2011 wurden dem Verurteilten begleitete Ausgänge bewilligt. Er hielt Absprachen ein und erwies sich als zuverlässig. Viermal stellte er Anträge für unbegleitete Urlaube und die Versetzung in den offenen Strafvollzug. Die zuständigen kantonalen Stellen sowie das Verwaltungsgericht lehnten dies jedoch ab. Mehrmals zog er solche Entscheide an die nächsthöhere Instanz - ohne Erfolg.

## Gutachten nicht berücksichtigt

Die Vorinstanz nahm Bezug auf ein Gutachten, wonach beim Verurteilten bei erneuten Kränkungen und entsprechender Beziehungskonstellation die Gefahr bestehe, dass er erneut ein schweres Delikt begehen könnte.

Doch nun kann sich der Mörder von 2005 neue Hoffnung machen. Das Bundesgericht hat seine Beschwerde gutgeheissen und das Urteil der Vorinstanz aufgehoben. Es kritisiert, dass das Verwaltungsgericht andere Gutachten sowie Vollzugs- und Therapieberichte nicht berücksichtigt hat, die zur umstrittenen Frage der Vollzugslockerungen eine ganz andere Sprache sprechen. Die Aktenwürdigung sei, so das Bundesgericht, «einseitig und unvollständig». Dies umso mehr, als es sich bei den nicht berücksichtigten Akten um «wesentliche Beurteilungsgrundlagen» handle. Eine Gutachterin erachtet unbegleitete Urlaube und die Versetzung in eine offene Anstalt wegen der gering eingestuften Rückfall- und Fluchtgefahr als vertretbar. Das bedeutet zwar nicht, dass der Beschwerdeführer nun Hafterleichterungen erhält. Das Verwaltungsgericht muss nun aber neu über die Sache entscheiden.

## Junge CVP sorgt sich um Praktikumsituation

### Manifest gegen «Sklaventreiberei»

Die «Schweiz am Sonntag» berichtete vor einer Woche, dass Praktikanten in Supermärkten teilweise sehr tiefe Löhne erhalten, zum Beispiel 3.75 Franken pro Stunde bei Coop Pronto. In einem Manifest forderte die Junge CVP Aargau daraufhin «den sofortigen Stopp der Sklaventreiberei». Die derzeitige Praktikumsituation in der Schweiz sei alarmierend: «Praktikanten sind nicht nur deutlich unterbezahlt, sie sind zudem auch nicht abgesichert». Zwingend anzustreben seien deshalb eine Absiche-

rung auf arbeitsrechtlicher Ebene, indem ein GAV zum Zuge komme, sowie auf sozialrechtlicher Ebene, indem jeder Praktikant im Falle eines Arbeitsunfalls versichert sei.

Praktikanten müssten von Unternehmen mehr wertgeschätzt und als Chance gesehen werden, schreibt die Jungpartei. Dementsprechend setzt sie auf die Eigenverantwortung ebendieser Unternehmen: Die Forderungen seien «ohne oder mit minimaler staatlicher Hilfe» umzusetzen. (AZ)



nach 5 Prozent mehr Lohn nicht erfüllen wollte. Heute geht es um Nullrunden und Stellenabbau.

ARCHIV/ANDRÉ ALBRECHT

# Wirtschaft setzt Druck auf

Budget Schwarze Null muss her, sonst droht ein Referendum

Es ist nicht so, dass die Regierung beim Staatspersonal nicht sparen will. Bereits im Mai gab sie bekannt, dass der Stellenetat der Verwaltung in der neuen Finanzplanperiode 2016/19 um 100 bis 150 Stellen gekürzt und bis zu 250 Lehrstellen weniger besetzt werden sollen als geplant. Ob sie es damit schafft, ein ausgeglichenes Budget für 2016 zu präsentieren, wird man am kommenden Freitag erfahren, wenn Finanzdirektor Roland Brogli Finanzplan und neue Sparbeschlüsse präsentiert.

Auf ein ausgeglichenes Budget pochen neben den bürgerlichen Parteien auch die Wirtschaftsverbände. Die Industrie- und Handelskammer und der Gewerbeverband erheben im Hinblick auf die Budgetberatun-

gen konkrete Forderungen an Regierung und Parlament:

- Im Budget 2016 ist der erste Schritt zu einer Reduktion der Staatsquote zu machen. Mittelfristig ist sie unter 10 Prozent zu senken.

- Die Steuerlast darf nicht steigen. Die Erhöhung des sogenannten Finanzausgleichszuschlags auf dem Staatssteuereffuss für juristische Personen ist rückgängig zu machen.

- Massnahmen zur Entlastung des Staatshaushalts sind ausschliesslich auf der Ausgabenseite zu ergreifen. Eine Aufbesserung der Staatsfinanzen mittels Gebührenerhöhungen und somit zulasten der Bürger und Unternehmen kommt nicht infrage.

- Die Personalausgaben des Kantons müssen um «mindestens» drei Prozent reduziert werden.

Für den Fall, dass ihre Vorgaben nicht eingehalten werden, drohen die Wirtschaftsverbände mit einem Referendum gegen die Budgetbeschlüsse. Man ziehe das ernsthaft in Erwägung, heisst es in ihrer gemeinsamen Mitteilung.

Die Verfassung sieht diese Möglichkeit tatsächlich vor: Für «Beschlüsse des Grossen Rates über die Aufnahme fremder Gelder, die zu einer Höherschuldung des Kantons führen». Und ein Fehlbetrag in der Finanzierungsrechnung führe zwangsläufig zur Höherschuldung, so der Standpunkt von Gewerbeverband und Handelskammer. Jedenfalls, wenn die Bilanzausgleichsreserve aufgebraucht ist. Und die dürfte Ende Jahr nur noch mit 33 Millionen dotiert sein. (MOU)

# «Lückenhaft, unprofessionell»

SVP-Präsident Thomas Burgherr ist keineswegs der Auffassung, die Regierung nehme ihm mit den Ausführungen zur Personalentwicklung den Wind aus den Segeln. Vielmehr sei die Antwort auf seinen Vorstoss «lückenhaft und äusserst unprofessionell». Es werde keine echte Transparenz hergestellt, so würden etwa das Fehlen von Stellen in ausgelagerten



Thomas Burgherr.

Institutionen, von Projektstellen und über den Sachaufwand finanzierte Stellen das Bild enorm verzerren. Burgherr wird sich morgen im Grossen Rat nicht bloss «nicht zufrieden» mit der Antwort erklären, er wird sie als «einer kantonalen Regierung unwürdig» abqualifizieren. Manche Punkte würden komplett ausgeblendet, etwa jene der Gesamtkosten oder des Durchschnittslohns. Burgherr will auch das Argument nicht gelten lassen, dass neue Gesetzesvorgaben für einen wesentlichen Teil des Stellenwachstums verantwort-

lich sind. Gerade beim Kindes- und Erwachsenenschutzrecht habe eine über die Massen vorangetriebene Professionalisierung und Zentralisierung stattgefunden, die nicht allein auf Bundesvorgaben zurückzuführen sei. Auf seine frühere Aussage, es liessen sich 800 Stellen in der Verwaltung streichen, will sich der SVP-Präsident nicht versteifen. Er bleibt aber dabei: «Um die Steuern nicht erhöhen zu müssen, muss der Staatshaushalt um 200 Millionen entlastet werden, und dazu ist auch ein markanter Personalabbau nötig.» (MOU)

## NACHRICHTEN

AARAU

### 15-Jähriger baut Unfall mit dem Auto des Vaters

Ungemütliches Ende einer Spritztour mit dem väterlichen Auto: Passanten beobachteten an der Aarauer Bahnhofstrasse samstagnachts um 23 Uhr, wie ein Fahrzeug massiv beschleunigte, ins Schleudern geriet und schliesslich mit einer Parkbank sowie der Schulhauswand kollidierte. Der Lenker beging Fahrerflucht. Weil die Passanten sich die Autonummer merken, wurde er aber schnell aufgefunden gemacht: Laut Polizei handelt es sich um einen 15-jährigen Schüler, der das Auto seines Vaters entwendet hatte und mit seinem gleichaltrigen Kollegen unterwegs war. Beide wurden verzeigt. (AZ)

JONEN/SARMENSTORF

### Zwei Unfälle wegen Schlaf am Steuer

Ein 75-Jähriger schlief am Samstag bei Jonen wegen Übermüdung am Steuer kurz ein und geriet er auf die Gegenfahrbahn, wo er mit einem entgegenkommenden Auto seitlich zusammenstoss. Ohne sich um den Schaden zu kümmern, habe er seine Fahrt fortgesetzt, teilt die Polizei mit. Kurze Zeit später erwischte sie den Lenker in der Nähe des Unfallortes beim Reifenwechsel und nahm ihm das Billett ab. Ein Unfall wegen Sekundenschlafs ereignete sich auch in Sarmenstorf. Ein 22-Jähriger kollidierte mit einer Mauer, worauf sich das Auto überschlug. Der Fahrer verletzte sich leicht. (AZ)